

Faire und unbürokratische Wettbewerbsbedingungen

Resolution des Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands e.V. (ZZF)

Juni 2025

In Zeiten eines sinkenden europäischen Weltmarktanteils, wachsender geopolitischer Unsicherheiten und tiefgreifender Transformationsprozesse, gerät der Wirtschaftsstandort Deutschland zunehmend ins Hintertreffen im globalen Wettbewerb. Dies betrifft auch Unternehmen der deutschen Heimtierbranche. Nicht zuletzt die aktuelle Handelspolitik der USA macht es umso dringender, dass sowohl die EU als auch die Bundesregierung konkrete Schritte zur Stärkung der Standortbedingungen der hiesigen Unternehmen zügig umsetzt.

Die deutsche Heimtierbranche trägt zur Sicherung und Schaffung von rund 210.000 Arbeitsplätzen und vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten für unterschiedliche Qualifikationsniveaus bei. Der Umsatz im Heimtierbedarfs-Markt (Fertignahrung, Bedarf Artikel und Zubehör) lag im Jahr 2024 bei 7,03 Milliarden Euro. Deutschland ist weltweit führend im Export von Heimtiernahrung. 2023 exportierte Deutschland mehr als 1,1 Millionen Tonnen Heimtiernahrung und lag damit vor anderen großen Exportnationen wie den USA, Frankreich und Thailand. Zahlreiche deutsche Hersteller von Heimtierbedarf sind mit ihren Marken weltweit präsent und erzielen einen Großteil ihres Umsatzes im Ausland. Auch der deutsche Fachhandel ist multinational aufgestellt, wie das Beispiel der Fressnapf-Gruppe zeigt: Europas größte Fachhandelskette für Heimtierbedarf betreibt über 2.709 Märkte in 15 Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Polen. Alle 2 Jahre trifft sich die weltweite Heimtierbranche in der NürnbergMesse auf der Interzoo, der Weltleitmesse für Heimtierbedarf, die von unserer Service-GmbH veranstaltet wird. Die genannten Beispiele zeigen die starke internationale Ausrichtung und den bisherigen Erfolg deutscher Unternehmen in diesem Sektor. Menschen in Deutschland mögen Hunde, Katzen und andere Arten: Heimtiere leben in 44 Prozent aller Haushalte, und die Mehrheit der Halterinnen und Halter sehen ihre Tiere als Familienmitglieder an. Viele Studien belegen, dass der Umgang mit Heimtieren physisch wie psychisch guttut und in vielfältiger Hinsicht ein Gewinn für unsere Gesellschaft ist.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen leiden jedoch zunehmend unter einer hohen Bürokratielast und den damit verbundenen Kosten. Dies gilt auch bei Bestimmungen, von denen sie nur mittelbar betroffen sind. Unternehmen in Drittländern hingegen müssen oft keine vergleichbaren bürokratischen Anforderungen erfüllen und sind von dem Aufwand und den erheblichen Kosten nicht betroffen. Dies führt für die hiesigen exportorientierten Unternehmen auf internationalen Märkten zu erheblichen Benachteiligungen zulasten der Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt, dass Billig-Importe aus Drittländern – oft über außereuropäische Online-Plattformen – auf den europäischen Binnenmarkt drängen, wobei die Einhaltung der EU-Vorschriften nicht ausreichend sichergestellt wird.

Diese Resolution versteht sich keineswegs als Kritik am globalen Wettbewerb, sondern ist hingegen ein Ruf nach fairen Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel.

Auch in Europa sind deutsche Unternehmen der Heimtierbranche häufig durch nationale Regelungen im Vergleich zu anderen EU-Unternehmen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Zudem führen Verschärfungen bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht sowie unnötig strenge Durchsetzungen zu Standortnachteilen für die deutsche Wirtschaft.

Um langfristig international wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht die Heimtierbranche einen spürbaren Abbau von bürokratischen Hürden und nicht zielführenden bzw. doppelten Berichts- und Dokumentationspflichten.

1. Wir fordern eine konsequente einheitliche Durchsetzung des EU-Rechts in den 27 Mitgliedstaaten für fairere Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Binnenmarkt. Dies stärkt wiederum auch den Wirtschaftsstandort Europa im internationalen Wettbewerb. Wir fordern ausdrücklich, dass der deutsche Gesetzgeber EU-Vorschriften eins zu eins ohne zusätzliche Verschärfungen umsetzt.
2. Wir plädieren für gesamteuropäische Regelungen statt einzelstaatlicher Bestimmungen und vor allem für ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene beim Thema Lieferkettensorgfaltspflicht. Deshalb fordern wir eine sofortige Aussetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) bis zur Umsetzung der EU-weiten Regelungen. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung dargelegten Vorschläge in Bezug auf das LkSG stellen einen wichtigen ersten Schritt dar, um die Belastungen des Mittelstandes zu reduzieren.
3. Die EU-Verordnung 2023/1115 (EUDR) über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, verfolgt zwar ein wichtiges Ziel, vernachlässigt aber eklatant die praktische Umsetzbarkeit der Sorgfaltspflichterklärung und der Nachweispflicht mit Geolokalisierungsdaten. Zahlreiche deutsche Hersteller und Großhändler von Heimtierbedarf beziehen Holz oder Holzprodukte aus Ländern wie China, Brasilien oder den USA, die jedoch bei den geforderten Nachweispflichten nicht kooperieren. Aufgrund der sinkenden Bedeutung der EU für den globalen Handel, führt die unilaterale Regelegung nicht zum gewünschten Hebel für mehr Nachhaltigkeit, sondern zum Handelshemmnis für Unternehmen in der EU sowie zum Ausweichhandel, der größere Nachhaltigkeitsrisiken birgt. Sollte die EUDR zum Jahresende 2025 unverändert verbindlich werden, würde dies aufgrund der daraus resultierenden Handelshemmisse, mehrere deutsche Unternehmen der Heimtierbranche in ihrer Existenz gefährden.
4. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorsieht, sich auf EU-Ebene im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD,

Taxonomie) und der Lieferkettensorgfaltspflichten (CS3D) für Vereinfachungen und einen bürokratiearmen Ansatz einzusetzen sowie eine bürokratiearme Umsetzung der CS3D plant. Hierbei ist es wichtig, dass der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft eine höhere Priorität eingeräumt wird.

5. Die Omnibus-Vorschläge (Omnibus-Paket I) der EU-Kommission sind als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Ebenso begrüßen wir die Entscheidung des Europäischen Parlaments, den Vorschlag der Kommission zur zeitlichen Verschiebung verschiedener Elemente der EU-Gesetze zu unterstützen. Bei den Verhandlungen über die Vorschläge für inhaltliche Änderungen ist es von wesentlicher Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, dass Nachbesserungen zu tatsächlichen Entlastungen in der betrieblichen Praxis mittelständischer Unternehmen führen.
6. Die in dem Omnibus-Paket I vorgesehenen Vereinfachungen in der Umsetzung der Meldepflichten des EU-CO₂ Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und Bagatellgrenzen für kleine und mittelständische Unternehmen sind ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft nicht zusätzlich belastet wird.
7. Wir fordern schon in den frühen Phasen der Gesetzgebung wirksame Bürokratiebremsen, wie z. B. Praxis-Checks, die nicht nur unternehmerische Realitäten des Mittelstands, sondern auch internationale Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen berücksichtigen.
8. „Gleiche Regeln für gleiche Märkte“ sollte auch für Importe gelten. Die Einhaltung von europäischen Produkt- und Sicherheitsstandards und entsprechende Kennzeichnungs- und Dokumentationspflichten muss durch angemessene Zoll- und Marktüberwachungskontrollen ausreichend geprüft werden.

Der vor 78 Jahren gegründete Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe e.V. (ZZF) setzt sich für eine verantwortungsvolle Heimtierhaltung ein und vertritt die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der gesamten deutschen Heimtierbranche. Zu den Mitgliedern zählen Betriebe und Systemzentralen des Zoofachhandels, Großhandelsunternehmen, Hersteller von Heimtierbedarf, Züchter und Heimtierpfleger im Salon.

www.zzf.de

